

## Videobeweise im Tagebau Hambach

„Ende Gelände“: Ein Polizist bringt eine Aktivistin in Lebensgefahr. Die Polizei bestritt den Vorfall, doch jetzt gibt es Beweise.

VON MARLON GEGO

**Aachen/Merzenich.** Bei der „Ende Gelände“-Aktion im Tagebau Hambach am Sonntag ist eine der Aktivistinnen von einem Polizisten in eine lebensgefährliche Situation gebracht worden. Wie Videomaterial zweier Münchener Journalisten deutlich zeigt, ist diese Aktivistin von besagtem Polizisten vor ein Pferd der Landesreiterstaffel gestoßen worden. Nach eigenen Angaben erlitt die Aktivistin Verletzungen an Schulter, Arm und Rippen. Wie die Bilder belegen, hatte die Frau großes Glück, nicht erheblich schwerer verletzt worden zu sein.

Gerüchte über eine solche Situation hatten bereits am Sonntag nachmittag kursiert, doch Fotos oder Videos gab es zu diesem Zeitpunkt noch nicht. Ein Redakteur unserer Zeitung hatte die Situation im Tagebau Hambach zwar verfolgen können, allerdings nur aus großer Entfernung. Am späten Sonntagabend veröffentlichte die Internetzeitung „Huffington Post“ einen Bericht, der die Gerüchte vom Nachmittag bestätigte. Am Montagmorgen bat unsere Zeitung die für den Einsatz im Tagebau Hambach verantwortliche Aachener Polizei um eine Stellungnahme.

### Zur Wahrheit verpflichtet

Polizeipräsident Dirk Weinspach lud für Montagmittag mehrere Journalisten, unter anderem von unserer Zeitung, zum Gespräch, um über den zurückliegenden „Ende Gelände“-Einsatz zu berichten. Dieser Einsatz sei „zu 99,9 Prozent ein Erfolg“ gewesen, sagte Weinspach am Montagmittag. Angesprochen auf den Vorfall mit dem Pferd der Landesreiterstaffel, erklärte Weinspach, entsprechende Videos gesehen zu haben und schilderte die Situation so:

Mehrere der am Sonntag in den Tagebau eingedrungenen Aktivistinnen hätten versucht, eines oder mehrere Polizeipferde zurückzudrängen. Es sei ein Tumult entstanden, in der eines der Pferde sich auf die Hinterbeine gestellt und sich um sich selbst gedreht habe. Eine Aktivistin, die währenddessen „fast“ von einem Huf des Pferdes am Kopf getroffen worden sei, habe sich „hysterisch hinfallen lassen“ und geschrien, sagte Weinspach am Montag. Den Bericht der „Huffington Post“ wies Weinspach



Tagebau Hambach am Sonntag: Eine Aktivistin mit blauem Rucksack versucht, einen Polizisten daran zu hindern, einen anderen Aktivist zu wegzuzerren (1). Der Polizist dreht sich zu ihr um (2) und stößt sie weg (3). Die Aktivistin stürzt (4) – und fällt vor ein herantrabendes Pferd (5 und 6). Das Pferd trifft mit seinem rechten Vorderhuf den Strohsack der Frau (7) und streift mit seinem linken die Aktivistin selbst (8). Fotos: 24mmjournalism.com

kopfschüttelnd zurück.

Es ist wichtig zu wissen, dass die Polizei, wie alle anderen Behörden und Ministerien auch, für Journalisten eine sogenannte „privilegierte Quelle“ sind. Das bedeutet: Den Angaben ist schon aus Rechtsgründen zu trauen, ohne dass diese Auskünfte noch durch Drittquellen zu verifizieren sind. Dieses Vertrauen ist in der gesetzlichen Verpflichtung zur wahrheits-

gemäßen Auskunft gegenüber der Presse begründet. Auch wenn sich Behörden mit dem Auskunftsanspruch der Presse gelegentlich schwertun, kommen diese jedoch in den meisten Fällen dem Anspruch der Presse ordnungsgemäß nach. Zu diesen Behörden zählt auch das Aachener Polizeipräsidium.

Weinspach hätte sich am Montag noch nicht zu dem Vorfall mit

dem Pferd äußern müssen. Er hätte Zeit gehabt, sich vor einer Stellungnahme mit dem Sachverhalt genauer zu befassen. Er entschied sich anders. Bezugnehmend auf Weinspachs Erklärungen veröffentlichte unsere Zeitung einen Artikel über den Einsatz im Tagebau Hambach, in dem die Glaubwürdigkeit des Artikels der Internetzeitung deutlich infrage gestellt wurde. Es bestand zu diesem Zeit-

punkt kein Grund, Weinspachs Darstellungen in Zweifel zu ziehen.

Am späten Montagabend dann posteten zwei Münchener Journalisten, die mit den Aktivistinnen am Sonntag im Tagebau gewesen waren, das Video der Situation auf Facebook. Das Video belegt eindeutig, dass der Bericht der „Huffington Post“ zutreffend ist. Die Bilder sind nicht einmal im Ansatz mit den Schilderungen Weinspachs in Deckung zu bringen.

Am Dienstagmorgen konfrontierte unsere Zeitung die Aachener Polizei mit dem veröffentlichten Videomaterial. Sandra Schmitz, die Sprecherin der Aachener Polizei, zweifelte nicht an der Echtheit des Videos. Auf die Frage, wie das Video mit den Schilderungen von Polizeipräsident Weinspach in Übereinstimmung zu bringen sei, antwortete Schmitz, dass Weinspach eine ganz andere Situation geschildert habe, die sich zu einer anderen Zeit an einer anderen Stelle des Tagebaus Hambach am Sonntag zugetragen habe.

### Antrag auf Akteneinsicht

Das Problem ist: Für die von Weinspach geschilderte Situation hat unsere Zeitung auf Anfrage bei den Organisatoren von „Ende Gelände“ und auf Anfrage bei den beiden Münchener Journalisten bislang keinen Zeugen finden können. Bis gestern Abend ist den „Ende Gelände“-Organisatoren kein Foto bekanntgeworden, auf der eine Situation, wie Weinspach sie dargelegt hat, zu sehen ist.

Gestern Vormittag nun stellte unsere Zeitung bei der Aachener Polizei einen Antrag auf Einsicht in die Akten, auf deren Grundlage Dirk Weinspach am Montag seine Erklärungen abgegeben hatte. Bis gestern Abend war noch nicht über den Antrag entschieden, was allerdings nicht ungewöhnlich ist.

„Ende Gelände“-Sprecherin Janna Aljets teilte gestern mit, auf eine Anzeige gegen den Polizisten, der die Aktivistin vor das Pferd gestoßen hatte, zu verzichten. Zum einen, weil die Erfolgsaussichten einer Verurteilung gering seien. Zum anderen, weil das Thema nicht vom eigentlichen Anliegen des Aktionsbündnisses ablenken sollte: den sofortigen Ausstieg aus der Braunkohle zu erreichen.

Das Video im Netz: <https://tinyurl.com/yb93jb5d>

## Der Rechtsausschuss erfährt „naheliegende“ Beispiele

Das Gremium tagt in Aachen und ein Experte referiert über die Probleme der Grenzregion. Nachbarn sind sauer über Pkw-Maut.

VON CHRISTOPH PAULI

**Aachen.** Früher saßen hier die Angeklagten, aber nach vielen Jahrzehnten und Urteilen hatte der alte Schwurgerichtssaal dann ausgedient. Der renovierte Raum wird nun noch bei besonderen Anlässen aufgeschlossen.

Gestern war so ein Tag, weil sich der Rechtsausschuss des Landtags sich im Aachener Justizzentrum verabredet hatte. Parallel fand dort der „Internationale Tag der Justiz“ statt. Aber der Ausschussvorsitzende Werner Pfeil hatte noch ein anderes Interesse. Der FDP-Abgeordnete aus der Städteregion Aachen wollte seinen Kollegen aus fünf Fraktionen die Probleme einer

Grenzregion im Wortsinn „näherbringen“.

Und so referierte ein Praktiker vor den Politikern. Martin Unfried arbeitet für das „Institute for Transnational and Euregional Cross border and Mobility“ in Maastricht. Unfried ist dort Projektleiter für die „Gesetzesfolgenabschätzung“, wann immer sich Paragrafen auf die Grenzregionen auswirken. Vor drei Jahren wurde das Institut gegründet, seitdem melden sich die Wissenschaftler zu Wort, wenn ein Gesetz klemmt. „Wir schauen, ob es am Gesetz, an der Bürokratie oder an der Umsetzung liegt“, sagt Unfried. Dabei versuchen sich die Forscher an unterschiedlichen Blickwinkeln, um zu

verstehen, wie sich nationale Gesetzgebung im Nachbarland auswirkt. „Wir ermitteln zum Beispiel die Auswirkungen, wenn die niederländische Regierung die Mehrwertsteuer bei einigen Lebensmittelprodukten erhöht.“

Das Institut recherchiert selbst Fälle, andere Probleme werden an die Wissenschaftler herangetragen. Bevorzugt gehe es da in Belgien und den Niederlanden um die geplante Einführung der deutschen Maut, sagt Unfried. Bei dem Thema schwilt vielen Nachbarn der Kamm. Bei einer kleinen Umfrage unter 500 Autofahrern sei der Tenor eindeutig gewesen: Mehrheitlich wolle man die benötigte Vignette nicht kaufen.

Vielmehr müssten sich viele ländliche Regionen darauf einstellen, dass der Verkehr sich neue Wege suche. „Für die gewollte europäische oder euregionale Integration ist das sicher kein gutes Projekt“, sagt Unfried und fügt hinzu: „Viele Belgier und Niederländer sind sauer, weil in der Grenzregion so neue Grenzen gezogen werden.“

In vielen Bereichen nähern sich die Länder nicht an, eher im Gegenteil, sagt der Experte. Beim Steuerrecht, bei der Anerkennung von Abschlüssen oder auch beim grenzüberschreitenden ÖPNV entwickeln die Staaten zunehmend eigene komplexe Systeme, die kaum noch kompatibel sind.

An „naheliegenden“ Beispielen mangelt es jedenfalls nicht. Unfried hat den Mitgliedern des Rechtsausschusses ein kleines Geschenk dagelassen: Ein bunter Katalog listet 127 sehr konkrete Pro-

blemfälle auf, die das Institut zusammengetragen hat. Viele davon berühren die Bundesgesetzgebung, andere dagegen sind fast ultimative Aufforderungen an die Landespolitiker.

### KURZGEFRAGT

## Warum ist es kompliziert?



► WERNER PFEIL  
Vorsitzender des Rechtsausschusses im Landtag

Warum kommt das Gremium in der alten Kaiserstadt zusammen? Pfeil: Wir wollen damit als Rechtsausschuss von NRW ein deutliches Zeichen für die Wichtigkeit der Europäischen Werte- und Rechtsgemeinschaft setzen. Und das können wir am Europäischen Tag der Justiz in Aachen besonders gut. Außerdem können so alle Ausschussmitglieder die Probleme, aber auch die Chancen einer Grenzregion vor Ort kennenlernen. Im Koalitionsvertrag von CDU und FDP ist die Bedeutung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit vereinbart und dass das Thema „Europa“ eine

Querschnittsaufgabe sämtlicher Ministerien und Politikfelder sein soll. Folgerichtig hat die Koalition am Donnerstag einen ersten Antrag beschlossen, damit das Plenum die Rechtslage zum Besuch von internationalen Schulen beraten soll.

Was steht neben der freien Schulpflicht auf der Agenda?

Pfeil: Eine andere Frage ist: Warum ist es noch so kompliziert, die unterschiedlichen Abschlüsse zum Beispiel im Erzieherbereich länderübergreifend anzuerkennen? Oder wie kann man die Kooperation von Hochschulen, die nur punktuell funktioniert, weiter verbessern? Oder: warum haben in den Niederlanden lebende Eltern keinen Anspruch auf einen Kita-Platz in Deutschland, wenn sie hier in Deutschland arbeiten und Steuern zahlen? Es gibt unzählige solcher Beispiele. (pa)



Seltener Tagungsort: Der Rechtsausschuss trifft sich im alten Schwurgerichtssaal im Aachener Justizzentrum. Fotos: Andreas Herrmann

### ZAHL DES TAGES

20

► Insgesamt **20 Unfälle** gab es im vergangenen Jahr an den 2079 Bahnübergängen in Nordrhein-Westfalen. Wie die Deutsche Bahn gestern mitteilte, wurden 2016 bundesweit 140 Unfälle an den Kreuzungen von Schiene und Straße registriert, NRW hat daran einen Anteil von gut 14 Prozent. Hauptursache sei, dass der Vorrang des Schienenverkehrs missachtet werde – sei es aus Unachtsamkeit, Leichtsinn oder Nichtwissen. Über die Jahre gibt es weniger Vorfälle: 2013 waren in Nordrhein-Westfalen noch 34 Unfälle an Bahnübergängen verzeichnet worden. Bundesweit hat Bayern die meisten Bahnübergänge (3131) und auch die meisten Unfälle (35). Niedersachsen und NRW verzeichneten im vergangenen Jahr jeweils 20 Unfälle und liegen damit auf Platz zwei. (dpa)

### KURZ NOTIERT

#### Bistum Aachen wählt neue Gemeinderäte

**Aachen.** Im Bistum Aachen werden am 11. und 12. November zum zweiten Mal die Räte in den Gemeinschaften der Gemeinden gewählt. Stimmberechtigt sind über 900 000 Erwachsene und Jugendliche. Zeitgleich finden auch in den vier anderen (Erz-)Bistümern von Nordrhein-Westfalen die Wahlen statt. Der Rat der Gemeinschaft der Gemeinden ist das oberste beschlussfassende Organ für die pastoralen Aufgaben in den 71 GdG des Bistums. Neben dem GdG-Rat können in den Pfarreien und Gemeinden auch Pfarrei- und Gemeinderäte gewählt werden. (red)

#### Protestaufruf gegen IHK-Veranstaltung

**Aachen.** Das Aachener Aktionsbündnis gegen Atomenergie (AAA) ruft in Zusammenhang mit dem heute stattfindenden „Unternehmerforum Tihange“ der Industrie- und Handelskammer (IHK) Aachen zu öffentlichem Protest auf. Grund sei, dass die IHK „den Lobbyisten der Nuklearindustrie ein pseudo-neutrales Podium“ anbiete statt sich klar gegen „die eklatante Unterversicherung der realen, ökonomischen Gefahren durch das Atomkraftwerk Tihange“ zu positionieren, so das Bündnis. Mit der Protestveranstaltung will das Bündnis die eingeladenen Aachener Unternehmer und Geschäftsführer vor Verschleierung der Gefahren durch das AKW Tihange warnen. Die angemeldete Protestaktion findet heute von 17.15 Uhr bis 18.30 Uhr vor der IHK-Aachen (Theaterstraße 6-10) statt. (red)

### ZUR PERSON



► Genau wie der aus Eschweiler stammende Sänger Amin Afify (wir berichteten) haben es auch **Silke und Alexander Mohnfeld** aus Drove im Kreis Düren als Country-Duo bei der Casting-Show „The Voice of Germany“ bis in die „Blind Auditions“ geschafft. Am kommenden Sonntag, 12. November (20.15 Uhr, Sat 1) wird die Aufzeichnung der Sendung aus Berlin im Fernsehen ausgestrahlt. Die Mohnfelds, die auch privat ein Paar sind, haben sich als Country-Duo weit über die Grenzen des Kreises Düren einen Namen gemacht. Sie sind auch bei der Casting-Show „The Voice of Germany“ mit Country-Songs an den Start gegangen. kin/ Foto: SAT.1/ProSieben/Richard Hübner

### KONTAKT

Regionalredaktion:  
(montags bis freitags, 10 bis 18 Uhr)  
Tel.: 0241/5101-397  
Fax: 0241/5101-360  
euregio-an@zeitungsverlag-aachen.de